

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 17 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittelscher Postkonto

Berlin, 30. April 1926

Auf zur Maiseier!

Wie der Internationale Gewerkschaftsbund, dessen Aufruf wir in Nr. 16 d. 3. veröffentlicht haben, so ruft auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die Arbeiter und Angestellten auf, am 1. Mai die Arbeit möglichst ruhen zu lassen und zu demonstrieren für den Achtstundentag. Wir schließen uns dem rückhaltlos an!

Es ist in dieser Zeit wirtschaftlicher Depression, verbunden mit nie dagewesener Arbeitslosigkeit und verstärktem Druck seitens der Unternehmer auf alle unsere Errungenschaften eine Selbstverständlichkeit, daß die Maiseier-Demonstration so gewaltig wie nie zuvor gestaltet werden muß.

Geseglicher Achtstundentag, Schutz der Arbeit, Ausbau der Sozialgesetze, die Beteiligung der Vertreter der Arbeiter und Angestellten an der Wirtschaftsführung, die Umstellung der privatkapitalistischen Wirtschaft auf gemeinwirtschaftliche Grundlage, das sind die nächsten Forderungen, deren Verwirklichung wir verlangen müssen.

Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß solche Veränderungen der Struktur der heutigen Zustände nur international auf der Grundlage demokratischer Verständigung der Völker auf friedlicher Basis vor sich gehen und erträgliche Zustände herbeiführen kann.

Das Wettstreiten der Völker, die Konstruktion neuer Mordmaschinen, die Erfindung furchtbarer Giftgase und ihre Verwendung zum Massenmord sind kulturwidrige Erscheinungen, die durch Verständigung des Völkerbundes aus der Welt verbannt werden müssen.

Sinnesweg mit allen Kriegswaffen und Kriegsgerät! Nicht Mord, Zerstörung und Vernachlässigung der Schaffung von Kulturwerken. Verwendung der Mittel, die bisher für solche Zwecke aufgebracht wurden, zum Wohnungsbau, zur Kultivierung von Neuländereien, Schaffung neuer Handelswege, Verbreitung von Wissen und Bildung unter allen Menschen, die bisher davon ausgeschlossen waren.

Mit der flammenden Begeisterung, mit der Selbstaufopferung und mit der unbefleglichen Ueberzeugung, mit der wir bisher unseren Weg verfolgt haben, Schritt für Schritt vorwärts drängend, wollen wir auch diesen weitgesteckten Zielen nachstreben. Was wir nicht selbst mit erleben, wird unseren Nachkommen zugute kommen.

Deshalb heraus am ersten Mai, helfe jeder für seinen Teil dazu beitragen, daß unsere Rundgebung zu einer imposanten, machtvollen gestaltet wird, die ihren Eindruck auf die bürgerlich-egoistisch eingestellten Bevölkerungsschichten nicht verfehlt.

Hoch die Völkerverständigung zu fruchtbringender Kulturarbeit! Friede auf Erden! Liebe und Freude! Empor zum Licht!

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 10 des neuen Statuts, welches auf dem Hamburger Verbandstage, abgehalten am 12. April 1926 und folgende Tage, beschloffen wurde, wurden folgende Mitglieder zum geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt: Zum

1. Vorsitzenden: Peter Blum,
2. Vorsitzenden: Fritz Gerhardt,

Hauptkassierer: Alfred Kiedel.

Zu Beisitzern wurden gewählt: August Blume, Josef Köring, Leberwarenbrande; Wilhelm Döken, Tapezierer; Louis Köhn, Treibriementeller; Richard Hain, Fahrzeuggattler.

Das Bureau des Verbandes befindet sich nach wie vor

Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b.

Durch diese Bekanntmachung ist der Verbandsvorstand auf Grund des § 10 Absatz 3 des Statuts legitimiert.

Die beiden Vorsitzenden und der Hauptkassierer sind berechtigt zur Abhebung von Geldern, wozu zwei Unterschriften erforderlich sind.

Alle für den Verband bestimmten Zuschriften sind zu richten an

P. Blum, Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b.

Zuschriften, welche Streitangelegenheiten, Lohnbewegungen und Tarifforderungen betreffen sind nur an Fritz Gerhardt, Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b zu richten.

Alle Kassenangelegenheiten sind mit Kollegen Alfred Kiedel, Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b, zu erledigen.

Als Redakteur der „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung“ wurde der Kollege Gustav Beder gewählt.

Alle für die Zeitung bestimmten Zuschriften sind an

Gustav Beder, Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b zu richten.

Als Sekretär des Verbandsvorstandes wurde der Kollege Bruno Engel gewählt.

Umschreibung der Wahlen zum erweiterten Vorstand. Auf Grund des neuen Statuts sind 9 Beisitzer als Erweiterter Vorstand in den einzelnen Gauen zu wählen.

Es sind zu wählen je ein Beisitzer: 1. im Ostgau mit Ausnahme der Ortsverwaltung Berlin, 2. im

Nordgau, 3. im Mitteldeutschen Gau, 4. im Gau Freistaat Sachsen, 5. im Gau Rheinland und Westfalen, 6. im Gau Bayern, 7. im Gau Württemberg, 8. im Maingau und 9. im Bezirk der Ortsverwaltung Offenbach.

Wählbar zum erweiterten Vorstand sind nur solche Mitglieder, welche im Beruf tätig sind, dem Verbandszuge mindestens drei Jahre angehören und auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale stehen. Alle Ortsverwaltungen sind berechtigt, innerhalb des Gau's Vorschläge zur Wahl zu machen.

Die Ortsverwaltungen werden hierdurch ersucht, dem Hauptvorstand bis spätestens am 15. Mai diese Vorschläge für die Beisitzer zum erweiterten Vorstand einzureichen.

Diese Vorschläge werden im Verbandsorgan am 21. Mai veröffentlicht. Spätere Vorschläge können nicht berücksichtigt werden.

Die Wahlen erfolgen in der Zeit vom 25. bis 31. Mai. Näheres wird mit der Kandidatenliste bekanntgegeben.

Mit kollegialem Gruß

Die Verbandsleitung:

P. Blum,
Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b.

Unser dritter Verbandstag in Hamburg.

II.

Im weiteren Verlauf der Erledigung des Punktes 2 der Tagesordnung wird beschloffen, die Entscheidung des Ausschusses in Sachen des Breslauer Streits aufzuheben (Antrag 15a); der Antrag des Vorstandes (§ 15b) wird angenommen, wonach Offenbach die Kosten der Wahlen zum Gewerkschaftskongress selbst tragen muß. Der Antrag zu Punkt 2b Nr. 16, der die Haltung des Vorstandes zum Offenbacher Streit mißbilligen wollte, wurde abgelehnt. Zum Massenbericht wurden die Anträge, verschiednen Orten Streikschulden bei der Zentralkasse zu erlassen, in der Form erledigt, daß diesen bis zu 50 Proz. Stattegegeben werden soll. Die verbleibenden Restsummen müssen an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Anträge, für Jugendhilfe und Beihilge besondere Monatschriften herauszugeben und das Verbandsorgan durch technisch-fachliche Artikel auszustatten, werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag Berlin, den Redakteur zu verpflichten, alle Artikel gleich welcher Richtung aufzunehmen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag Offen, der verlangt, das Ver-

bandsorgan dürfe keine politischen Tendenzen vertreten. Insbesondere war hier zu unterscheiden zwischen Publikationen und Propaganda. Publikationen politischer Parteien können selbstverständlich nur referierend oder berichtigend im Verbandsorgan besprochen werden. Ebenso kann es jedoch im Interesse unserer Mitglieder unbedingt notwendig sein, für politische Parteien, deren Unterstützung wir in den Parlamenten bedürfen, einzutreten. Deshalb mußte dieser Antrag abgelehnt werden. Angenommen wurde der Antrag Leipzig, daß den Verfassern abgelehnter Einlassungen Mitteilung nebst Begründung zu geben ist. Dies ist auch bisher so gehandhabt worden, wenn natürlich der Bericht eines Schriftführers oder der Artikel eines Verfassers nicht in die Hände der Redaktion gelangt ist, kann eine solche Mitteilung nicht erfolgen. Es ist schon verschiedentlich vorgekommen, daß Schriftführer zu bequem waren, einen Bericht einzuliefern und dann sich damit herausgeredet haben, der Redakteur habe den Bericht nicht angenommen. Jeder Bericht, der etwas Interesse für die Allgemeinheit hat, wird von uns berücksichtigt, und sei es in verkürzter Form. Genau so werden auch andere Einlassungen behandelt, die geeignet sind, die Verbandsinteressen zu fördern. Alles, was geeignet erscheint, den Verband zu schädigen, muß natürlich abgelehnt werden; das sollte jeder von vornherein berücksichtigen, der etwas einwendet. Im übrigen wurde die Schreibweise des Verbandsorgans genehmigt. Die Anträge betreffs Einheitsfront mit der Mos-tauer Richtung waren durch Annahme der bereits veröffentlichten Entschließung erledigt, ebenso alle Mißtrauensanträge gegen Vorstand und Redaktion.

Der Punkt 2 der Tagesordnung war damit erledigt. Der Punkt 3: Stellungnahme zu den Tarifbewegungen, wurde in geschlossener Sitzung behandelt. Kollege Gerhardt wies nach, was der Verband in der Berichtszeit geleistet und erreicht hat (Das Meierat wird in einem besonderen Artikel noch behandelt werden.) Wir beschränken uns daher darauf, die Entschloßung hier wiederzugeben, die im Anschluß an das Meierat angenommen wurde.

„Entschloßung zur Lohn- und Tarifbewegung.
Der Verbandstag des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilleverbandes stellt grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen aller Branchen gemäß schon früher gefaßter Beschlüsse auch weiterhin durch Abschluß guter Tarifverträge geschehen soll.

Das erstrebenswerte Ziel soll ferner sein, durch Zusammenfassung mehrerer Orte und geschlossener Wirtschaftsgebiete große, umfassende Bezirksarbitre zu schaffen sowie den Ausbau zu Reichsmanteltarifen zu fördern. (Voraussetzung ist dabei das Vorhandensein von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die bestrebt sind, solche Verträge abzuschließen und für ihre Durchführung Sorge zu tragen.) Der Verbandsvorstand ist über den Verlauf der Verhandlungen, sofern er nicht dabei vertreten ist, ständig auf dem laufenden zu halten, auch ist zum Tarifabschluß seine Zustimmung einzubolen.

